

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausläger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepflanzte Pachtfläche oder deren Raum 180 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pf., Reklamen 500 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätestens früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Montag, den 14. Februar 1921.

28. Jahrgang.

Der Ablieferungskandal.

Herr Hermes ist es, wie vorauszusehen war, glücklich gelungen, unsere ganze Getreideversorgung in Grund und Boden zu wirtschaften. Den Massen der Verbraucher wird der vollkommene Zusammenbruch dadurch verhüllt, daß die gewöhnliche Brotration weiter zu dem bisherigen Preis geliefert und jetzt sogar die Mehrkolation erhöht wird. Aber es ist nur eine Täuschung, daß das deutsche Volk jetzt noch sein Brot für den verhältnismäßig billigen Preis von vier bis fünf Mark bekommt; tatsächlich müssen wir dies mehr zahlen, weil ein sehr großer Teil unseres Brotdurfs mit Hilfe von ausländischem Getreide gedeckt wird, das mehr als dreimal soviel kostet wie das deutsche Getreide. Damit die Bevölkerung diese Belastung nicht merkt, wird durch Reichszuschüsse des ausländischen Getreide verbilligt. Aber das ist im Grunde genommen nichts weiter als ein Betrugsmarionett, denn eigentlich müssen ja in irgendeiner Form die Massen die Summen wieder tragen, die heute vom Reiche bei der Brotversorgung aufgesetzt werden.

Einen besonders großen Schildbürgerstreich hatte von vornherein unser Ernährungsministerium beim Hafer begangen. Da im Vorjahr die Haferfreigabe die bedenklichen Folgen gehabt und zu einem gewaltigen Steigen der Haferpreise geführt hatte, entschloß man sich, die Freiheit des Hafers für dieses Erntejahr wieder aufzuheben, und setzte Höchstpreise für Hafer fest. Man unterließ es aber, auch eine Ablieferungspflicht für den Hafer vorzusehen, und die unausbleibliche Folge war, daß eben überhaupt kein Hafer abgeliefert wurde. Es war natürlich für die Landwirte viel vorteilhafter, ihren Hafer zu verfüttern oder im Schleichhandel zu verkaufen, als zu dem vorgeschriebenen Preise abzugeben. Nachträglich erkannte auch das Reichsernährungsministerium, welche ungeheure Dummheit es gemacht hatte, und es wurde nun eine Haferumlage angeordnet. Diese nachträgliche Einführung der Ablieferungspflicht für Hafer rief natürlich den schärfsten Widerstand der Landwirte hervor; vielfach behaupteten sie, daß sie keinen Hafer mehr hätten, und es wird für die amtlichen Stellen nicht leicht möglich sein, ihnen das Gegenteil zu beweisen. Der Narrenstreich, der einmal begangen wurde, ist kaum wieder gutzumachen. Jetzt sucht das Ernährungsministerium dadurch den Hafer herauszubekommen, daß es den Landwirten im Austausch für Hafer verbilligte Mais gibt. Die Landwirte sollen den Hafer pro Zentner mit 67,50 Mark abliefern und dafür Mais für 60 Mark pro Zentner bekommen. Da aber Hafer als Kraftfutter mehr wert ist als Mais, so ist es fraglich, ob auf diese Weise das Ernährungsministerium Hafer bekommt.

Der verbilligte Mais soll auch beim Brotgetreide helfen. Bei einem Getreidepreis von 75 M. für den Zentner Brotgetreide dürfte der Preis für lebende Schweine nicht höher sein als 400 bis 425 M. pro Zentner. Statt dessen haben wir Preise bis zu 1600 und 1700 M. für einen Zentner verdächtigt. Die Landwirte verwerten also ihr Getreide, wenn sie es verfüttern, ungefähr viermal so gut als wenn sie zu den amtlich festgesetzten Höchstpreisen abliefern. Es ist nur zu begreiflich, wenn unter diesen Umständen die Getreideablieferung so mangelhaft ist. Die Ernte in Weizen und Roggen wird auf 7 226 855 Tonnen geschätzt. Nach Abzug des Bedarfs der Selbstversorger, des Deputats für die Landarbeiter und des Staatsgutes müssen noch 3½ Millionen Tonnen abgeliefert werden. Bis zum 29. Januar waren der an die Reichsgetreidestelle nur 788 818 Tonnen Brotgetreide abgeliefert. Diese Zahl umfaßt allerdings nicht die gesamte Ablieferung der Landwirtschaft. Die Lieferungen an die selbstwirtschaftenden Komunalverbände sind dabei unberücksichtigt geblieben. Wie die Reichsgetreidestelle in einer Zuschrift an die „Börsenzeitung“ ausführt, läßt sich zurzeit nicht genau feststellen, wie groß die an die selbstwirtschaftenden Komunalverbände gelieferten Mengen Brotgetreide sind.

Jetzt soll den Landwirten, die mehr als 70 Prozent ihres Ablieferungsfalls erfüllt haben, für jeden Zentner, der darüber geliefert wird, verbilligter Mais geliefert werden, so zwar, wie der Hauptauszug des Reichstages auf den Antrag des Agrarführers Rothe beschloß, für jeden Zentner abgeliefertes Getreide 1½ Zentner Mais zum Preise von 60 M. Zur Verbilligung des Maises, der auf dem Markt etwa 140 M. kostet, hat der Reichstag tatsächlich 1½ Milliarden Mark bewilligt.

Ob aber durch die Maissatzung die Landwirte dazu gebracht werden können, die fehlenden Brotgetreidemengen auszuholen, ist mehr als zweifelhaft. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Landwirte dürfte mit der Regelung so weit fortgeschritten sein, daß er nach den jetzt festgestellten Bestimmungen der billigen Mais der Regierung kommt. Einweiter wird daher die Regierung noch weiter gebeten müssen, indem sie auch dann, wenn ein geringerer Anteil des Ablieferungsfalls als 70 Prozent erfüllt ist, weiteren Mais liefert, oder sie wird eben ihren Mais nicht mehr Markt bringen.

Gehört sie aber unter die Grenze von 70 Prozent, so wird natürlich immer grüner, daß die Landwirte den Mais, den sie 60 M. erhalten, und der bisher im freien Markt 100 M. zu haben ist, verkaufen, und das kann die Folge

haben, daß auf dem offenen Markt die Maispreise sinken. Dadurch aber werden wieder die Verhältnisse auf dem Maismarkt vollkommen in Unordnung gebracht und den Kaufleuten, die Mais aus dem Ausland eingeführt haben, um ihn hier zu verkaufen, drohen die schwersten Verluste. Die Sache ist total verschärft und die Regierung wird aller Vorsicht nach mit ihrem verbilligten Mais nicht erreichen, daß die sabotierenden Landwirte ihre Ablieferungspflicht erfüllen.

Der starke Widerstand der Landwirte gegen die Ablieferung von Brotgetreide war ja zu erwarten, nachdem die Fleischbewirtschaftung ausgehoben war. Jeder, der sich über die inneren Zusammenhänge unserer Ernährungswirtschaft klar ist, mußte darauf rechnen, daß die Freigabe der Fleischbewirtschaftung einen Zusammenbruch unserer Getreidewirtschaft nach sich ziehen würde. So groß ist eben der Patriotismus bei der Mehrzahl unserer Landwirte nicht, daß sie ihr Getreide abliefern, wenn sie die Möglichkeit haben, es durch Versüttung besser zu verwerten, und deshalb nützt es auch nichts, wenn die landwirtschaftlichen Organisationen selbst die Landwirte immer wieder auffordern, doch ihre Ablieferungspflicht zu erfüllen.

Die Interessenverbände der Landwirtschaft erklären zwar in der Öffentlichkeit, daß auch sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide nicht wünschen, weil sie in einer völlig freien Getreidewirtschaft eine große Gefahr für die Landwirtschaft sehen. Die bürgerliche Presse benutzt aber jede Gelegenheit, um auf die natürlich bei den Landwirten nicht beliebte Zwangswirtschaft zu schimpfen, und so wird der Widerstand gegen die Ablieferung immer mehr verstärkt.

Im Interesse des deutschen Volkes muß aber energisch dagegen Einspruch erhoben werden, daß Herr Hermes sich mit dem Versuch begnügt, durch seinen Liebesgrabenmais das Getreide herauszuholen, denn die Summen, die die Maisverbilligung kostet, müssen ja auch wieder von Steuerzahler getragen werden. Es muß dringend gefordert werden, daß gegen die ablieferungsunfertigen Landwirte schafe Maßnahmen ergriffen werden und die Regierung darf sich vor dem Entrüstungsturm, der voraussichtlich dann im agrarischen Lager ausbrechen würde, nicht zurückstrecken lassen.

Um ehesten werden die Landwirte noch dann zur Ablieferung gebracht werden können, wenn sie bei fortgefechter Zurückhaltung ihres Getreides empfindlich an ihrem Gewerbe betroffen werden. Für das nächste Jahr ist bekanntlich ein Umlageverfahren für Getreideablieferung geplant. Derjenige Landwirt, der sein Pflichtquantum Getreide nicht abliefern soll, wird gezwungen werden, das Mehrfache des Preises des nicht abgelieferten Getreides in die Reichskasse zu zahlen. Es ist dringend erforderlich, daß man zu einer derartigen Maßnahme nicht erst im nächsten, sondern schon in diesem Jahre greift. Für jede Tonne Getreide, die in Deutschland nicht abgeliefert wird, muß Etat zu den hohen Weltmarktpreisen aus dem Ausland beschafft werden. Es wäre nur recht und billig, wenn die Kosten, die dadurch entstehen, nicht dem gesamten Volke auferlegt würden, sondern den Landwirten, deren Verhalten die große Einfuhr von Auslandsgetreide notwendig macht. Die Landwirte, die nicht abliefern wollen, sollen auch den Schaden tragen, der durch ihr Verhalten dem deutschen Volke entsteht.

Verschwörerzentrale Hamburg-Lübeck.

Von der reaktionären Presse, unter der die „Lübecker Anzeiger“ eine besondere Nummer spielen, wird ständig beteuert, daß nur Ordnungssinn der Leitgedanke ihrer und ihrer Gesinnungsgenossen Arbeit sei. Was es mit derlei Betreuungen auf sich hat, wissen wir zur Genüge und sehen es heute wieder bei den Kumpaten der Sicherheits- und Stahlhelmleute in Bayern. Diese edle Sorte Baterlandsfreunde hat nur die eine Sehnsucht, den alten militärischen Klassestaat wiederherzurichten, unter dem es sich für sie so schön leben ließ. In ihrer alten Komikbeschränktheit bilden sie sich wirklich ein, das Volk noch einmal mit einem künstlich entfachten Rummel einzulullen zu können, der dann letzten Endes dahin auslaufen würde, sich wieder in den Sattel zu schwingen und die Reitkunst über den ausgemergelten und auf neu entrichteten Vollmassantzen zu lassen. Das wird ihnen aber nicht gelingen, trotz aller „Kommandantenschlaub“, und trotz ihrer Verbrüderungsfahrt mit politisch unmündigen Kindern, den Kommunisten. Auf der einen Seite müssen die Soldaten als Schutzhüter ihrer offenen und geheimen bewaffneten Organisation herhalten und auf der andern Seite bilden sie das Mittel für monarchistische Machenschaften. Bei dem heute noch mit altpreußischem Stolz gelaugneten, aber innerlich heiß ersehnten allgemeinen Befreiung glaubten diese Strategen, auf dem Wellenkamm thronen zu können.

Die Reaktion arbeitet auf dieses Ziel hin. Die in ihrer Presse bis zum Überdruck wiederholte Phrase von Volksausgleich und Volksvereinigung erhält sofort ein anderes Bild, wenn die „Edelleute“ unter sich sind. Da zeigt sich ein der wilhelminische Geist und die Liebe zum Volke. Wir sind in der Lage, mit Beweisen zu dienen, was die Reaktion im Schilde führt, wobei sich ergibt, daß auch Lübeck in diesem Kreis schöner Seelen engeschlossen ist. Es wäre auchförderbar, wenn die Unverwandten des Ammelsbachmajors nicht mit von der Partie sein sollten. Lassen wir die Tatsachen reden.

Wie das „Hamburger Echo“ dokumentarisch festlegt, fand am 17. Juni vorigen Jahres in Hamburg bereits eine Sitzung der Organisation Behring (früher einer der Einwohnermehrheit) statt. Das Protokoll dieser Sitzung, das jetzt im Zusammenhang mit den Wassersünden vorliegt, gibt erhellende Ausschlüsse von einem

Beschwörerzirkel über ganz Deutschland mit dem (nicht ausgesprochenen) Ziel des Sturzes der Republik. Im Anfang des Protokolls wird freudig erahend mitgeteilt, daß die neue Regierung (des Wiederaufbaus), namentlich die Herren Koch (Demokrat), Birth (Zentrum), Geßler (Demokrat und natürlich General v. Seestadt die Organisation „begüßt“ habe (!)). Dann wird der Plan ausführlich dargelegt:

Die Leitung der Organisation liegt in Händen des Präfekts Thielich und dessen Stab, dem wiederum Erzeugnissleiter (ein Civil, ein Militär) unterstehen.

Ausführung dieses Programms.

1. Zusammenfassung der bereits bestehenden Sicherungsorganisationen, wie Einwohnerwehr, Feuerwehr usw.

2. Aufstellung von sogenannten bewaffneten Formationen, dazu enge Verbindung mit der Reichswehr.

3. Zusammenfassung der bereits bestehenden Sicherungsorganisationen, wie Feuerwehr, Feuerwehr usw.

4. Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Verbände als Gegenmaßnahme für Generalstreik, zum Beispiel aller landwirtschaftlichen Verbände, Industrie- und Handelsverbände. In Hamburg

Oberlandesgerichtsstatthalter Fehling

früher Richter in Lübeck und jetzt Hauptling des handels-

kapitalistisch gerichteten Norddeutschen Hansabundes, dem auch zahlreiche Lübecker Demokraten angehören. Red.) vorbildlich gewählt. Etwa 100 bis 200 Verbände sind in Hamburg bereits zum gemeinsamen Handeln zusammengekommen, Name: Hamburgische Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Bevölkerung. (!)

3. Presse-Beeinflussung (!) hier in Hamburg macht die Sache Herr Müller und in Lübeck wird die Sache wohl in der Königsfrage „gemacht“. Erziehung des Bürgers zur Mitarbeit an der gemeinsamen Sache.

Unter Hamburger Brüderblatt steht hierzu: Herr Müller, der die Sache macht, ist uns bekannt: es ist der Herr vom Konsulat, der hier zu tun hat, der wir bereits einmal so deutlich absonderlich hatten, daß Herr Müller das Gericht dominierte. Das hat aber abgewirkt. —

Es folgt nun eine genaue Auseinanderlegung, wie die Maß-

Schlachttiere, Vämmern, Schafen, Siegen, Schweinen, frischem Fleisch, Schweineschinken, Schafffleisch, Schweinefleisch, frisch oder einfach zubereitet, Schweinesflossen, Lalg von Kindern und Schafen gegeben. Von diesem Zeitpunkt ab bedarf es also einer Einzelbewilligung für diese Waren nicht mehr. Jedoch sind die bestehenden sanitäts- und seuchenpolizeilichen Vorschriften auch in Zukunft zu beachten.

Militär und Orgesch.

Bor einige Tagen beschlagnahmte die Berliner Polizei im Westend zahlreiche Waffen und stellte fest, daß die Waffen insgesamt 39 Maschinengewehre, 35 Karabiner, 46 Seiten Gewehre, zahlreiche Maschinengewehrmunition und Gerät der verschiedensten Art von Mitgliedern der Orgeschorgani sation, einem Professor Hengl und Genossen nach Westend verbracht sind. Polizeiliche Feststellungen ergaben jetzt, wie BVB meldet, auf Grund von Aussagen beteiligter, daß Hengl und Genossen die Waffen aus der Oberfeuerwerkerschule Lehrter Straße abgeholt haben. Da die Oberfeuerwerkerschule ein militärisches Dienstgebäude ist, besteht der Verdacht, daß Militärpersonen bei Wehrmachtsführung der Waffen ihre Hand im Spiele gehabt haben. Welche Personen hierfür als Schuldige in Betracht kommen, hat die zuständige Militärbehörde bisher noch nicht ermittelt.

Ausdehnung der Quäkerhilfe.

Die Speisung der Kinder bis zum 14. Lebensjahr durch die amerikanische Kinderhilfmission der Freunde (Quäker) ist nunmehr auch auf die Jugendlichen der Fach- und Fortbildungsschulen bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt worden.

Kahr'sche Geheimpolitik.

Die bayrische Note ist in Berlin eingetroffen. Es ist der Beschluss gefasst worden, die Antwortnote der bayrischen Staatsregierung nicht im Vorstand zu veröffentlichen, sondern der Öffentlichkeit nur in einer Umschreibung bekanntzugeben. — Die Rücksichtler haben auch alle Ursache, Geheimniskrämerei zu treiben. Der Schleier muß trotzdem gelüftet werden.

Ein peinlicher Beweisantrag.

In Essen findet gegenwärtig der sog. Wasserturmprozeß gegen die Kommunisten statt. Nun hat der Verteidiger Dr. Levy den Antrag gestellt, den General von Watier vom Stahlhelmkommando Münster und den Major Wulf von der grünen Sicherheitspolizei in Essen als Zeugen zu laden um Beweise dafür, daß beide auf Seiten der Kapp-Regierung gestanden hätten, also im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die verfassungsmäßige Regierung mit Waffengewalt angegriffen wurde und die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt hätten, die verfassungsmäßige Regierung sogar mit Waffengewalt zu schützen. Neben dem Antrag ist noch nicht entschieden.

Kleine politische Nachrichten.

Am 1. März wird die Reparationskommission mit den deutschen Sachverständigen in der Kohlenfrage beraten.

Das vorläufige Wirtschaftsabkommen mit Österreich ist durch den Austausch der Ratifikationsurkunden gestern in Kraft getreten.

In Italien droht eine Kabinettskrise wegen der Ablehnung einer Regierungsvorlage in einem Kammerausschuß.

Unweit Braunschweig wurde in einem Gebüsch in der Erde vergraben ein Munitionsdepot von mehreren hundert Handgranaten und Zündern gefunden. Der Fund wurde beschlagnahmt.

Die amerikanische Regierung wandte sich, wie aus Moskau bekanntgegeben wird, an Lettland mit der Bitte, noch hunderttausend Russen, die die amerikanische Regierung in den nächsten Monaten auszuweisen beabsichtigt, die Reise durch lettisches Gebiet zu gewähren.

Deutschland.

Die Arzte drohen.

Die Landesorganisation der Ärzte für Soziomedizin hat einstimmig beschlossen, im Falle eines ohne wirtschaftlich unabsehbare Gründe herbeigeführten Streiks im Bereich lebenswichtiger Betriebe, wie z. B. im Verkehrs- oder Nachrichtenwesen, in den Kohlen- oder Lebensmittelversorgung, die ärztliche Tätigkeit gegenüber den Streikenden und allen ihren Angehörigen vollkommen einzustellen.

Belgien.

Konsumvereine und Wiederaufbau.

Nach den im Finanzministerium eingelaufenen Informationen ist die vom belgischen Konsumverein für die gesetzten Gebiete ausgegebene Anleihe vollständig gebildet worden. Die gezeichnete Summe übertrifft zwei Milliarden.

Freistaat Lübeck.

Montag, 14. Februar.

Arbeiter-Jugend! Der Arbeiter-Bildungsverein hat sich erklärt, den Mitgliedern unseres Vereins den Besuch des Bildungs-Vortrages von Frau Rottmann-Berlin durch den einzögigen Eintritt von 1 Mark zu ermöglichen. Ratten sind unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches an der Kasse zu haben.

Zentraleistische Vereinigung (S. P. D.) Alle unserer Mitglieder betreffenden Angelegenheiten u. s. w. sollte man an den Genossen übernehmen, Rottwitzstraße 30 II. Artikel und Zuschriften sind nur an diese Adresse zu richten.

Wichtige Arbeitersammlung! Der Ausbildungskursus beginnt am Donnerstag, dem 17. Februar, abends 7½ Uhr in der Lehrerbefreiung. Anmeldung Johannistraße 50.

Verein „Stahlhelm“.

Unsere Artikel über den „Stahlhelm“ haben den Seiten der letzten Stahlhelmgroße nicht gefüllt. Sie haben uns bezeichnlich durch ihren Redaktionsteam verdeckte „Berichtigungen“ gesandt, die sich nur auf Redaktionsschwächen bezogen. Das ist Schwäche und Vertrüger war, der den Kaufmann H. J. in der „Stahlhelm“ in Abgeldung um 500 Mk erledigte, haben wir bestreift. Fest steht aber, daß der Kaufmann H. J. für kurz die Gründung dieser betrüchtlichen Organisation interessiert, und hätte er ja eine ihm nötige unbekannte Summe nicht das ausgeschändigt. Der bessere Kaufmann unterschätte also die Bedeutung des „Stahlhelms“ in Lübeck und würde zu seinem Bedenken oft später geweckt, daß er einen Schwindler in die Hände fallen wird. Diesen schwärfesten stellen wir für unsere Freiheit.

Das ist aber nicht der Kern der Sache, warum es für bestreift, handfeste ging es uns darum, diese Organisation in Magdeburg und in anderen Städten wegen ihrer Erfahrung zu bestreiten. Dafür ist uns Ziel geschaffen, beweist die Sache, die von jener Seite stammt. Der aber bessere Kaufmann war, das Gelbstreifen sich Stahlhelminstitutionen nicht mehr tragen darf, wenn sie die Stadt von Stettin bis zur „Lübeckischen Landesgrenze“ vom Feind abtrennen kann.

gründlich aufgeklärt. Er lautet: Vom „Stahlhelm“. Deutlich sind die stolzeste Erinnerungen liegen in den Taten seiner Heere im Weltkrieg. Selbst ein Feind, der auch noch einen Funken von Wahreitsgefühl sich bewahrt hat, kann das nicht leugnen. Und wenn ein Deutscher aus seiner Seele einmal das Schlimmste gern erfreut hat, das der Vater über sein Gedächtnis rankten, dann muß er sich gestehen: In den Augusttagen 1914 war ein reineres Feuer in den Augen, als heute; und in den schwersten Tagen draußen an der Front hat der Erfolg das Herz wärmet gemacht, als heute ein Glück zu Ende geführter Streit. Jeder soll sich ehrlich fragen — aber ganz ehrlich —, ob das nicht stimmt! Von diesen warmen Liebe fürs Vaterland und von dem Opfermut, der die eigene Person einsetzt nicht für seine engeren Standesgenossen, sondern fürs große Ganze, davon etwas am Leben zu erhalten, oder wiederzugewinnen, das wäre wohl der Mühe wert. Und aus diesem Gefühl heraus wurde hier die Ortsgruppe des „Stahlhelms“ gegründet. Hat der „Volkshote“ so gar kein Verständnis mehr für das, was einst Tausende und aber Tausende auch seiner Anhänger hielten hat, die prachtvolle Soldaten waren, daß er dieses Geistes Kinder jetzt mit dem Schlagwort „Garde der Reaktion“ belegen muß? Wenn sich der „Stahlhelm“ von „links stehenden Parteien“ fernhält, so sollte das ein Grund für den „Volkshaten“ sein, an seine Seite zu treten, da er doch selber die Aufrechterhaltung der Ordnung gegenüber Kommunismus und Bolschewismus vertritt. Der Gedanke, daß auch politisch rechtsstehende Leute die heutige Verfassung schützen wollen, schließt keinen Widerspruch in sich. Denn gewaltsame Umstürzertungen nur neue Not. (Beweis: der Kapp-Putsch.) Wer sich heute eine andere Verfassung wünscht und liebt sein Vaterland, der erwarte sie von einer friedlichen Verfassungsänderung. Hätte man 1918 jeden stimmberechtigten Deutschen gefragt — wir lebten jetzt wohl in anderen Verhältnissen! Die Leute übrigens, die damals eine ziemliche Aenderung der Verfassung herbeigeführt haben, hatten sie nicht alle ihrem Kaiser Treue geschworen? Jetzt rufen sie laut: „Euer Eid!“ und brandmarken schon um der vermeintlichen Gewinnung willen ehrliche Menschen als Meineidige. Wer gibt ihnen das Recht? — Und sind es die Farben Schwarz-Weiß-Rot, die so aufreizend wirken? Noch einmal: Schwarz-Weiß-Rot sind nicht die Farben der „Monarchie“, sondern die Flagge des Deutschen Reiches, das gleichzeitig und Weltweit ein hatte, in dessen Gauen sich nicht dreifache Soldaten mausig machen konnten und keine Negerhorden „Volkssoldie...“ taten! Es gibt viele Arbeiter, selbst unter den Sozialdemokraten, ja es ist wohl die Mehrzahl — das weiß auch der „Volkshote“ — die sich nach einem starken, wahrhaft freien Deutschland sehnen. Wenn wir das erst wieder haben, braucht uns auch um die Valuta und um die Arbeitslöste nicht mehr bangen zu sein. — Was also sollte die antideutsche Arbeiterverbesserung gegen den „Stahlhelm“ einzuwenden haben? Die Stahlhelm-Kameraden wissen, was der deutsche Arbeit in Feld und Werk geleistet hat, soweit er sich nicht verdecken lassen, und möchten gerne, daß wir wieder Seite an Seite ständen, statt uns mit Tod und Tat Unfreundliches zu erweisen. Wer unseres Volkes Bestes will, ist unser Freund.“

Wir haben diesem Artikel, der für sich selber spricht, nur wenig hinzuzufügen. Einig sind wir uns mit dem Herrn Doctor darüber, daß gewaltsame Umstürze nur neue Not bringen. Ganz erstaunt sind wir aber, daß man auf die Sandalen der Rechtsbolzisten, auf den Kapp-Putsch herweist. Jene Kreise, die die „Orgesch“ und den „Stahlhelm“ ins Leben gerufen haben, waren es auch, die Kapp und Genossen damals zu unterstützen und unterstützen. Natürlich auch darum, weil sie eine andere Verfassung wünschten und ihr Vaterland liebten. Nach einem freien Deutschland lebte sich nicht etwa die Mehrzahl der Sozialdemokraten, sondern, wie auch der Kapp-Putsch will, jeder Sozialdemokrat. Für ein wahrhaft freies Deutschland, das freilich ganz anders aussieht, als die Reaktionäre träumen, hat die Sozialdemokratie von jeher gekämpft. Diese hohe Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn sie nach wie vor den Kampf gegen die Reaktion, gegen „Dienst“ und „Stahlhelm“, gegen alle Elemente, die mit dem Wort „Freiheit“ den größten Mißbrauch treiben, führt. Im Begegnen müssen wir den Artikel für sich selber sprechen lassen. Es steht recht deutlich den reaktionären Geist und bestätigt in ihrer Hinsicht das, was wir bisher über den Stahlhelm geschrieben haben.

Die Bürgerschaft hat den Kassenbeamten August Beck an Stelle des verstorbenen Seidenlehrers Wilhelm Blauthäfer zum ehrenamtlichen Mitglied bei der Vorleserschaft der Strafanstalt Bautzen gewählt.

Der Mieterkonskret ist am Freitag abend in den „Zentralhallen“ eine Stunde besuchte Rikolithe der Lübecker Wohnungsnote. Er beschäftigte sich in seinem Referat eingehend mit den beiden Sozialministern, die dem Reichstag vorsiegen. Der Enthüllt steht eine 10prozentige Mietsteuer von der 1914 gezahlten Miete vor. Davon soll 5 Prozent das Reich erheben und 2 Prozent können die Gemeinden einzehlen. Der Entwurf des Reichstages steht dagegen eine Kopfsteuer von je 30 Mk für die Jahre 1920 und 1921 vor. Der Reichsrat verlangt ein Rotzegelmonat sofort für den Wohnungsbau 1½ Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden. Unter den Parteien im Reichstage besteht eine starke Meinungsverschiedenheit über die Mietsteuer.

Der Redner beschäftigte sich eingehend mit Vorschlägen zur Beseitigung der Wohnungsnot und vertretet den Standpunkt, daß eins Wohnknecht unter Ziel wäre. Man müsse dahin streben, daß auch der Senat und Bürgerlichkeit in Lübeck Mittel für den Bau von Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. In der Aussprache vertraten einiges Redner u. a. die Einführung einer Wohnungszugssteuer. Darauf wurde erwidert, daß diese Steuer nur als Nebenstein in Frage kommen könne. Polizei-Einführung wurde einstimmig angenommen. Die Mietsteuerverlängerung des Mieterkonskretes e. S. vom 11. Februar 1921, die von ungefähr 800 Mitgliedern befürchtet ist, erwartet von der Büroschule und dem Senat der freien und hansestadt Lübeck, daß für das laufende Jahr mindestens zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden zum Bau neuer Häuser.

Den Mietern kann nicht auszuweichen, in soviel die gesellschaftlichen und unsachlichen Wohnungen mit ihren Zuständen unzureichend zu rechnen. Schwere Krankheiten bedrohen nicht nur die direkt beteiligten Personen, sondern entziehende Seuchen übertragen sich auf weitere Kreise der Bevölkerung. Die Verluste der Kosten für die bringend notwendigen Neubauten von Wohnungen darf nicht durch Mietersteuer erfolgen, die nach den tatsächlichen Wohnungen bemessen werden. Sonst müssen als eine Haushaltsteuer noch dem Einwohner auf alle Dienstleistungen verhängt werden. Auch dem Röthenbericht für das letzte Halbjahr fettete die Einnahme 12 068 Mk, die Ausgabe 11 728 Mk. Der Verein lädt 2167 Mitglieder. Die Anstellung eines Sekretärs wurde beschlossen und Herr Maxmann als solcher gewählt.

Mitgliedsliste im Gemeinschaftshaus. Resultate vom Sonnabend: Hanßen-Eich befehlt Schmidt in 25 Min. durch Ausreiter vom Boden, Stein & Matz in 2 Std. 25 Min. durch Truppung aus dem Stand, Hanßen-Eich Grunwald in 2 Std. Minuten durch Überstürzen am Boden und 1 Std. 25 Min. in 1 Std. 15 Min. durch Truppung am Boden. Von Sonntag: Hanßen-Eich Sieger über Schmidt in 15 Min. durch Untergriff von oben, Hanßen-Eich in 1 Std. 15 Min. durch Rapping mit Zurückfallen der Schalter, Stein & Matz Minuten nach Punktwertung, während im Hanßen-Durchgang die Zeit von 1 Std. 15 Min. durch Rapping und die Distanz von 1000 Mk gewonnen wurde.

Über anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat Januar dem Gesundheitsamt 61 ärztliche Meldungen erstattet. Es waren 34 Fälle Diphtherie (2 gestorben), 10 Masern, 12 Scharlach, 3 Syphilis und 2 Wochenbettfieber.

Angrenzende Gebiete.

Bezirkskonferenz der S. P. D. für Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 13. Februar. Am Sonntag, dem 13. Februar fand in Schwerin eine Konferenz der Sozialdemokratischen Partei für Mecklenburg-Schwerin statt, die außerordentlich stark besucht war. Auch die Schweriner Parteigenossen bekundeten durch zahlreichen Besuch lebhafte Interesse für die Verhandlungen. Die Konferenz wurde vom Vorsitzenden des Bezirksvorstandes, Genossen Kröger-Rostock geleitet. Den Gegenstand der Beratungen bildete die bevorstehende Landtagswahl. Das einleitende Referat hierüber erstattete Genosse Moltmann-Schwerin, der einen Überblick über die lebhafte Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion besonders für die Interessen der werktätigen Bevölkerung gab und die Ursachen des Sturzes des Rechtsregierung Reinde-Bloch darlegte. Die Wahlausichten für die Sozialdemokratie seien die besten, wenn jeder Genosse seine Schuldigkeit tue. An die Ausführungen des Referenten knüpften sich eine längere, lebhafte aber sachliche Debatte, in der von der Regierung ein schärferes Vorgehen gegen die „Orgesch“ und die „Arbeitsgemeinschaft Hubertus“, eine reaktionäre Organisation gegen die Arbeiter, verlangt und u. a. die ungerechte Handhabung der Pachtordnung durch die meist ganz im Sinne der Reaktion zusammengetretene Pachtsteuerkammer kritisiert wurde. Ministerpräsident Genosse Stelling wies auf die Widerstände hin, mit denen die Regierung überall zu rechnen hat und ersuchte die Genossen, sie in ihrem Bestreben, die Waffen der „Selbstschutzorganisationen“ liefern abzunehmen, zu unterstützen. Die ganze Debatte war von einer zuversichtlichen Stimmung getragen und ließ erkennen, daß unter Parteigenossen gewillt sind, alles daran zu setzen, um die Mehrheit im Landtag zu gewinnen. Die Kandidatenaufstellung, welche von einer aus den verschiedenen Wahlbezirken zusammengesetzten Kommission vorbereitet wurde, nahm längere Zeit in Anspruch und führte zu längeren Auseinandersetzungen, die von zahlreichen Orten Wünsche ausgesprochen wurden, die nicht alle erfüllt werden konnten. Die beschlossene Kandidatenliste enthielt 56 Namen mit Stelling, Moltmann und Petersen an der Spitze. Nach einer kurzen Begründung durch Genosse Kröger-Rostock, gelangte ohne Debatte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die Parteikonferenz der Sozialdemokratie von Mecklenburg-Schwerin, welche am 13. Februar 1921 im Nordischen Hof in Schwerin tagt, legt schriftlichen Protest ein gegen die von den Mächten der Entente in Paris erhobenen unerhörten und undurchführbaren Forderungen, die das deutsche Volk völlig vereinden und verflachen würden. Am schwersten würde dadurch die Arbeiterchaft getroffen, die stets gegen den Krieg gewirkt hat und für einen Frieden der Gerechtigkeit eingetreten ist. Die Konferenz verlangt von den deutschen Reichsregierung, daß sie alles einstellt, um in Verdon an Stelle des Wahnsinns der Pariser Bedingungen vernünftige, erträgliche Abmachungen zu erreichen. Die Konferenz protestiert weiter gegen die nationalistischen und kommunistischen Versuche die Forderungen der Entente zu einer neuen Kriegsbeute zu verwenden, die nur das schon bestehende Elend ins Unermeßliche zu heben scheint.

Mit einem anfeuernden Schlagwort des Genossen Kröger endete die bestens verlaufene Konferenz.

Neueste Nachrichten.

Reaktionäre Ministerreden.

II. Berlin, 14. Februar. In einer Versammlung in Magdeburg sprach Botschafter Dr. Heinze über die Preußenswahlen, von denen die Reaktion die Geburtsstunde einer neuen Zeit erwartet. Heinze sagte: Wir brauchen den festen preußischen Staat und können seine Kraft und Erfahrung im Deutschen Reich nicht entbehren. Ob wir in Deutschland wieder eine Monarchie bekommen, bleibt dahin gestellt. Die Deutsche Volkspartei wünscht es, aber von heute auf morgen kann es nicht gejährt werden. Das Deutßland in militärischer Beziehung nicht mehr zu übertrafen ist, ist eine ungeheure Schwäche. Gewaltlose Umsturz wird auf unüberwindlichen Widerstand stoßen und zwar von Regierung und Heer. Den Arbeitern muss mehr Anteil an den Unternehmen gegeben werden. Die Grundlage unserer Wirtschaft aber muss den Privaten überlassen bleiben. Die Zwangswirtschaft hat länglichen Schlußbruch erlitten.

In Königsberg trat Minister Dr. Scholz für Förderung der Handelskraft, Stärkung der Staatsautorität und sozialen Ausgleich ein. Er forderte die Errichtung eines wirtschaftlichen Dienstjahres, Sozialisierung und Kommunalisierung seien unbedingt erforderlich und aussichtslos. — Daß die kommunistischen und sozialistischen Wünche dieser Rücksichtler nicht zur Tat werden, muß das preußische Volk am kommenden Sonntag den letzten Mann und die letzte Frau austreten. Nieder mit der Reaktion!

Eine Generalkräfteprüfung in die Luft geslogen.

II. Düsseldorf, 14. Februar. Die Generalkräfteprüfung des Konskretvereins e. S. vom 11. Februar 1921, die von ungefähr 800 Mitgliedern befürchtet ist, erwartet von der Büroschule und dem Senat der freien und hansestadt Düsseldorf, daß für das laufende Jahr mindestens zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden zum Bau neuer Häuser. Die Mietsteuerverlängerung wurde einstimmig angenommen. Die Mietsteuerverlängerung des Konskretvereins e. S. vom 11. Februar 1921, die von ungefähr 800 Mitgliedern befürchtet ist, erwartet von der Büroschule und dem Senat der freien und hansestadt Düsseldorf, daß für das laufende Jahr mindestens zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden zum Bau neuer Häuser.

Belagerungszustand über Thrasien.

Athen, 14. Februar. Die griechische Regierung hat bekannt, den Belagerungszustand über ganz Thrasien zu proklamieren.

Petersburg von den Kanonen Kronstads beherrscht.

III. Konstantinopol, 14. Februar. Alle Nachrichten aus Asien gehen darauf hin, daß zwischen den Matrosen in Kronstadt und den Sowjetbehörden beherrschter Kriegszustand besteht. Tschli gab den Befehl, daß der Matrosenrat in Kronstadt zurücktreten soll. Dieser Befehl ist mit der Verhaftung aller Matrosen der Sowjetbehörden beantwortet worden. Die von Matrosen nach Kronstadt entsendeten Truppen haben sich bisher sehr wohl verhalten. Die Lage ist gegenwärtig die, daß Petersburg von den Kanonen Kronstads beherrscht wird, und daß die zaristische Kronadarter Garnison die Macht in Händen hat.

Vorbereitungen zur Londoner Konferenz.

II. London, 14. Februar. „Daily Mail“ weist die beiden Vertreter zur Konferenz von London werden Ende der Woche in London erwartet. Alle Laieninteressen werden von der Regierung getragen. Es gab keine Verhandlungen getroffen zu ihrer Unterstaltung in den großen Hotels. Man rechnet auf ungefähr 2000 Personen.

Gesamtversöhnung für den politischen und allgemeinen Teil:

Für die Arbeit, Arbeiterrat Lübeck: August Scholz.

Für die Industrie: Heinrich Steinberg.



Hausstandslumpen
Papier, Knochen usw.
kauf zu den höchsten
Tagespreisen (136)

Cohn,
Fackenburg, Allee 53, Rell.

Deutscher
Transportarz.-Ver
Ortsverwaltung Lübeck

Versammlung
der (136)
Kohlenstoff-Pla
Eisenarbeiter
und Käffiger
am Dienstag, dem 15. Februar
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

Bericht der
Lohnkommission.

Zu dieser Versammlung
find die Kollegen von d
Kohlen-Großhandelssoziet
schaft besonders eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Restaur. z. Landha

Schönböcken.

Am Sonntag, d. 20. Febr.

Großer Maskenba

Anfang 7½ Uhr.
Es lädet freundlich ei
1905. Adolf Hoffmann

Gewerk-
schaftshaus

Heute Montag:
Letzter Tag!

Noch 5 große
Hauptentscheidungen:
Rampel (1366)
Preisverteilung!
Proklamierung des neuen
Europameisters.
Kein Varieté.
Rampel beg. 7.30.

Gleiderma

8½ Uhr
(1367)

Das phänomenale
Februar - Programm
mit Gottlieb Reech

Hansa-Theater

Verfügig nur vom heute und
morgen (Ab Seite D) (1367)

Fräulein Puck

Montag (D Seite D) Preis
TRAU BARBEL

Wiederum im überaus

Stadttheater Löbel

Montag, 8. Febr. A u. 1
Dorfzell, 1. Opern-Saison
Uhr. 7 Uhr.

Wittow, 8. Febr. B u. 2
Oper. 1. Saison. 1. Kurs.
Der Zar. 7 Uhr.

Rommerstück

Glindehausen

Samstag und Sonntag
Uhr. 7.30

ROGERS

Wohlfahrt Waren

Kurzwaren

2. billiger Verkauf im Lichthof.

All den Viehen, die bei unserem 1. billigen Kurzwarenverkauf infolge großen Andranges zu kurz kamen, wird Gelegenheit geboten, während unserer W-W-Tage ihren Bedarf zu decken.

Haftband weiß und braun.....	20 Meter 10-
Haftband in Qualität wie oben... 20 Meter 20-	
Griff in allen Farben.....	1,- 95-
Reißgarn in Qualität.....	1,- 15-
Haftgarn rot.....	70-
Strickgarn rot.....	65-
Schnürschlaufe 10 cm lang.....	1,- 65-
Fliegenfalle.....	5,- 25-
Kastenhaken ohne oder mit Schraube. Zum 1,-	
Seitenschraube zum verdeckten Ansetzen 75,- 50-	
Haftgarnschlaufen 10 cm Qualität s. Markt. Eine	
1,- 15- 25- 35- 55- 75- 80- 90-	
Kastenhaken.....	1,- Qualität
1,- 15- 25- 35- 45- 55-	
Schnürschlaufen 10 cm von oben. 1-Eurostück 15-	

Je ein Posten:
Schlüsselkette
10 cm, 4 Stück je 10,- 50-
Schlüsselband
10 cm, 4 Stück je 10,- 10-

Je ein Posten:
Schnürdein "Frederick"
10 cm lang, 10 Stk je 25,-
Lederndein
10 cm lang, 10 Stk je 25,-

Je ein Posten:
Teillerverschlüsse
10 cm 15,-
Teillstäbe
..... pro Dutzend 15,-

ROGERS

8. Febr.

Montag 11 Uhr
1905. 1. Februar
Lübeck 1000.

Rechnungs-Formulare
Fried. Meyer & So., Münster 44
Eimerdienst.

Salomba-Schreiber
mit Edelstahl-Zugspannung
oder auf
Bleistift nur 25,- 4,-

Montag 11 Uhr
1905. 1. Februar
zu Dienstag, 12. Febr.
an jedem 7. Uhr
die Lederndeine
Lederndeine 10 cm lang
die Haftgarnschlaufen

Montag 11 Uhr
1905. 1. Februar
zu Dienstag, 12. Febr.
an jedem 7. Uhr
die Lederndeine
Lederndeine 10 cm lang
die Haftgarnschlaufen

Zentralhallen
Montag Dienstag: (1368)
Großes Tanzkränzchen.

Rattoseln
ein der eingänglichen Tageszeit.
in Magdeburg (zur Saat geeignet)
gute gründige Beilmesse je 50,-
H. Helm (1367)
Dienstag 11 Uhr

Bayerns Machthaber

Eine militärische Geheimorganisation.

Unter der Überschrift „Die wahren Machthaber in Bayern“ veröffentlicht die „fränkische Tagespost“ einige viel sagende Geheimdokumente. Das Blatt führt hierzu u. a. aus: In der Ordnungszelle Bayerns ist es heute sowohl, daß neben der Einwohnerwehr noch eine geheime militärische Organisation besteht, die der Regierung naht den Kampf ansagt, wenn dieser eingeschlagen sollte, unter dem Druck der Entente gegen militärische Geheimorganisationen etwas zu unternehmen. Aus den vertraulichen Zirkularen, die in Ober- und Niederbayern innerhalb der Geheimorganisationen gewechselt wurden, ist ersichtlich, daß die Organisation militärisch bis ins Kleinste ausgebaut ist. Träger dieser Geheimorganisation ist das fröhliche Freikorps „Obertalnd“, das als „Landesfahne XXV“ unmittelbar unter die Landesleitung der Einwohnerwehr getreten ist. In der Organisationsordnung heißt es an einer Stelle:

„Außerdem ist von eriementer Wichtigkeit, daß Waffenmagazin, seien sie in Händen von Untergeschlechten Kreisen oder im Besitz der einzelnen Ortsgemeinden, ausfindig gemacht werden, die im gegebenen Augenblick, wenn nötig, mit Gewalt, genommen werden müssen.“ (B. G. D. W.)

„Mit Gewalt gegen die Ortseinwohnerwehren!“ So darf führt man sich gegen Herrn Escherich. Und Herr Escherich? Er bittet in einem Schreiben der Landesleitung der E.W. an alle Kreis- und Gauleitungen:

„um weitgehendste Unterdrückung und Förderung der P.L. unter Vermeidung jeglicher Erfüllungsfeind und schädlichen Wettkampfs der Werbung. Die Führer der P.L. sind ihrerseits ausdrücklich ersucht worden, im gleichen Sinne und im engsten Zusammenwirken mit den Kreis- und Gauleitungen im Interesse der Sache zu arbeiten.“

Der Landeshauptmann, gen. Escherich,

Ist nun Escherich von den Führern der Geheimorganisation überloppt worden, als er eigenständig eine Empfehlung für diese Organisation herausgab, die, wenn nötig, mit Gewalt die Escherich-Einwohnerwehr entwaffnen wird, oder hat er sich bereits dem Stärkeren, dessen Name in Bayern bekannt ist, gebeugt? Wie wir weiter erfahren, sind in der Nähe von Rosenheim bereits einer Ortseinwohnerwehr von dieser Geheimorganisation die Waffen genommen worden.

Auch Staatskommissar v. Gareis wird Auskunft darüber geben können, von wem er den Befehl erhalten hat, die Lindauer Einwohnerwehr zu entwaffnen und am kommenden Samstag mit der Aufführung der Nürnberger Einwohnerwehr zu beginnen, weil diese den Reaktionären ein Dorn im Auge sind. Die militärischen Machthaber in Bayern fühlen sich. Sie wissen, wie aus einem weiteren Dokument hervorgeht, daß sie vorsichtig nur im Dunkeln ihre Gründen haben können, bis die Stunde geklagt hat. In einem Dokument erklären sie selbst:

„Die Entente wird versuchen, uns aufzufallen, sobald sie von unserer Organisation erfährt, zum mindesten will sie versuchen, hinter unserer Organisation zu kommen. Im Zusammenhang damit wäre auch die Möglichkeit von Haussuchungen bei bestimmten Oberländern zu erwarten. Deshalb: Unbedingtes Schweigegebot über unsere Organisation.“

In dem „Wochenblatt IX“ der P.L. („vertraulich, wenn gelesen, vernichten“) heißt es über die politische Lage u. a.:

„Die Entente verlangt nun auch für Bayern die Entwaffnung, falls sich Bayern nicht vom Reich losagt. Wir denken niemals daran, unsere Waffen abzugeben oder unsere Verbündeten aufzulösen. Selbst der Aufruf der Regierung, die unsere einzige Aufführung uns unter dem Druck der

Entente verfügen wird, werden wir im gegebenen Falle nicht hallo lassen. Wir werden unter allen Umständen unsere Waffen behalten, wofür uns eines Tages das ganze Volk dankbar sein wird.“

So sprechen die wahren Herrscher und Machthaber der „Ordnungszelle“ Bayern. Herr Fehrenbach, als des Deutschen Reiches Kanzler, was sagen Sie zu der zweideutigen Politik Ihres Parteigenossen Kahr und was sagen Sie zu der Geheimfamilia in Bayern? Das deutsche Volk hat ein Recht auf Antwort.

Deutschnationale Gewölter.

Kein Tag vergeht, ohne daß die Rechtspresse den Lesern zuruft: Los von der sozialdemokratischen Korruption und Mißwirtschaft! Führer war es besonders Scheibmann, der mit Dread beworben wurde, heute ist der preußische Ministerpräsident Braun der Liebling der Reaktion. Sie nennt Braun den Mann mit den „tiefen Taschen“. Die Pharisäer wissen genau, daß Braun mit seinen Repräsentationsgeldern heute viel weniger weit kommt, als ein preußischer Ministerpräsident 1917 und 1918. Die „tiefen Taschen“ sind in den deutschnationalen Häusern zu suchen. Warum muß der Musterknecht und deutschnationalen Abgeordnete von der Kerckhoff die amtlichen Siegel vom Schrank entfernen? Warum muß die „Germania“ Herrn Helfferich an den deutschnationalen Magazin erinnern, der Reichsvermögen sich auf schäßige Weise von der Entente erschämmere? Und die Mißwirtschaft? Nicht mehr, so ein Elektrofritschtrei in Berlin, der die lebenswichtigen Betriebe bedroht, ist doch ein voller Beweis für diese Mißwirtschaft? Wohl wissen die Heuchler, daß die Sozialdemokraten nicht für jeden kommunistischen Irrsin verantwortlich zu machen sind; aber das hört sie nicht. Uebrigens sind die Mißlieferungsstreiks der Agrarier nicht ebenso klar als ein Streik der Elektrofritschreiter? Und was soll man denn sagen, wenn solche Dinge im Idealstaat der Deutschnationalen, in der „Ordnungszelle“ Bayern passieren? Und was sagen die Herren zu dem Urteil Siegertwalds über die Berliner Kriminalpolizei, die heute befehlt arbeitet als früher? Nichts; denn das paßt nicht in ihr pharisäisches Getue.

Deutschnationale Rundschau.

Deutschland.

Geschwätz über Gerichtsentheide zum Urteils-Verbot.

Man schreibt den P. P. N.: „In einer Anzahl rechtstreuender Zeitungen finden sich Notizen, in denen behauptet wird, daß die Bezirksausschüsse in Liegnitz und Breslau das Vorgehen des preußischen Seerings gegen die Organisationen Fischer für rechtswidrig erklärt haben. Hierzu ist zu erläutern: Die Bezirksausschüsse haben keineswegs das Vorgehen gegen die Organisation für rechtswidrig erklärt, sondern sind auf die materielle Seite der Sache überhaupt nicht eingegangen. Sie haben lediglich aus formalem Grunde Berurk für Urteil gefällt und damit bestimmt, daß die Auslösungserfüllung des Polizeipräsidiums jedem einzelnen Mitglied der Provinzialleitung und nicht nur dem Vorsitzenden hätte zugehen müssen, da es sich beim Heimatbezirksverbands verfassungstreuer Schleifer um einen nichteingezogenen Verein handelte. Nur bei einem eingetragenen Verein hätte die Mitteilung an den Vorsitzenden gefügt. Dieser rein formale Grund ist für die Entwicklung des Breslauer Bezirksausschusses maßgebend gewesen. Sachlich ist also damit nichts davon geschehen, daß das Vorgehen des französischen Kommandos gegen die Organe zu Recht besteht.“

„Wo zu?“ und meine forschenden Augen rückten sich zusammen, um den hellen Stand des Kindes in mich aufzunehmen, auf das vor mir stehende Kind. „Wo zu braucht du das Geld, Franziska?“

„Ich will nicht, daß Lina Blüthenstein ins Spital kommt.“ sag sie zu Antwort. „Im Spitale . . . doch Sie leben ja, Herr Lehrer, doch nicht alle Kinder im Spitale sterben. Aber sie sterben sich hineinzuholen. Und Lina Blüthenstein fürchtet sich besonders. Sie erträgt das nicht. Sie wird an der Tür zu sterben. Und ich will nicht, daß Sie sterbe.“

„Seit gestern ist dich, Franziska! Mit dem verlaufenen Armband willst du die Mietz bestrafen, damit Lina Blüthenstein zu Hause verpflegt werde?“

Sie nickte mit dem Kopfe.

„Ich kann dir die Erlaubnis zum Verkaufen nicht geben.“ lagte ich, denn ich habe kein Recht dazu.“

„Wer denn?“ fragte sie lächelnd.

Wir saßen wie eine häusliche Einigung durch den Raum. „Weiß doch erst keinen Freydl Heintzel!“ lagte ich, „er war es ja, der es dir gereben hat.“

Sie gab keine Antwort. Sie schaute über über meinen Rücken hinüber. Dann, ohne mich zu grüßen, mit schnellen Schritten ging sie an mir vorüber und entfernte sich lautlos durch die Tür.

20. Fortsetzung.

„Das alles hat dir Heinrich erzählt?“

„Ja.“ fuhr sie mit steigender Stimme fort. „Heinrich bringt mir auch böse Bücher mit, und wenn ich etwas nicht verstehe, so erklärt er es mir so lange, bis ich es verstehe! Es geht alles viel besser in meinem Kopf hinunter, wenn Heinrich es mir mir lernt und wiederholt.“

„Sie schwieg, den Finger an die Lippen preßend.

Ich aber fragte mich im Stillen selbst: Ist das von dem Kind nicht außerordentlich fein und sinnig, daß sie mich, ihren Lehrer, nicht in einen Vergleich ziehen will mit den Leistungen ihres besten Freundes? Und doch sie lieber schwört, als mich nach ihrer Ansicht zu bestätigen? Und so behielt ich denn, weil mit das lange Verhör zu anstrengend für die Gestaltungsskize des Kindes erschien, dasseidne zu entbinden.

Ich erklärte ihr also, sie könne sich jetzt nach Hause begeben, sie sei jetzt genügend über die unterrichtet und würde sicherlich nichts anderes zu wissen. Letztens sei ich mit ihr zurückgekehrt, denn ich sei überzeugt, sie habe mir in allem die volle Wahrheit gesagt.

Über zu meiner Verwunderung blieb das Mädchen unverwandt auf seinem Platz. Sie wiederholte also meine Aufforderung, schien aber so in sich selbst verloren, als hätte sie die letzte Belehrung überhaupt nicht gehört.

Endlich, als ich zum dritten Male in sie drang, von meinem gewohnten Gedräng zu machen, kam sie mit langsam zitternden Händen gegen mich aus der Schulbank wegslitzen.

„Ich bitte, Herr Lehrer!“ sagte sie fast unzuhörbar, „dort ist es zu Hause bleiben?“

„Du willst also wirklich bei deiner Kameradin Sing bleiben? Ich tut es auf mich nehmen, und ich gebe dir dazu die Abschluß!“ erklärte ich tot-brunnen und traurig.

Sie kletterte von meiner Höhe lebhaft herab, hielt mich und machte sie keine Mine, sich zu entfernen.

„Wo willst du nach etwas?“ fragte ich.

„Ich bitte, Herr Lehrer!“ lachte sie so demütig, so ergeben, daß ich durch ein wunderbares Versehen erfuhr, was sie verloren!“

Was soll dies jetzt? rief ich mit unbeherrschter Stimme.

Und das Kind! Ich muß natürlich nicht mehr machen. Wenn sie ebenso handelt wie früher, mein Gott!“

„Ich möchte meine geliebten Hemden verkaufen. Darf ich das?“

Entente verfügen wird, werden wir im gegebenen Falle nicht hallo lassen. Wir werden unter allen Umständen unsere Waffen behalten, wofür uns eines Tages das ganze Volk dankbar sein wird.“

So sprechen die wahren Herrscher und Machthaber der „Ordnungszelle“ Bayern. Herr Fehrenbach, als des Deutschen Reiches Kanzler, was sagen Sie zu der zweideutigen Politik Ihres Parteigenossen Kahr und was sagen Sie zu der Geheimfamilia in Bayern? Das deutsche Volk hat ein Recht auf Antwort.

Der Bau von Bergmannswohnungen.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages hat Ministerialrat Dr. Glash über den Bau der Bergmannswohnungen folgende Zahlen mitgeteilt:

Auf Grund der Kostenabgabe sind eingegangen für Januar bis September 1920 318 559 000 Mark, bis 31. Dezember 1920 schwächungsweise 476 Millionen Mark, 1921 voraussichtlich 512 Millionen Mark. Eingegangen sind im ganzen Reich (ohne Sachsen und Ober- und Niedersachsen) bis September 1920 492 Millionen Mark, bis 31. Dezember 1920 schwächungsweise 672 Millionen Mark und 1921 735 Millionen Mark. Zuletzt erhielten im Ruhrgebiet 5800 Wohnungen, davon 1150 fertige, 3898 im Bau, 550 noch nicht angefangene. Aus Werkmitteln wurden im Ruhrrevier 3765 Wohnungen gebaut, von deren 1848 Wohnungen bereits bezogen und bis 1. April 1921 bezugsfertig sind.

Breitkopf & Härtel.

Montag, 14. Februar.

Geschäftsverkehr im Lübecker Hafen.

(Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes.) Im Monat Januar 1921 gingen im Lübecker Hafen 69 Dampfer, 28 Segler und 28 Seeschlepper, zusammen 123 (1920: 116) Handels- schiffe mit 27 340 (25 776) Reg.-To. Raumgehalt ein und 78 Dampfer, 13 Segler und 21 Seeschlepper, zusammen 112 (120) Handels- schiffe mit 25 939 (26 522) Reg.-To. Raumgehalt aus. Beide waren einnehmend 65 Schiffe oder 69,1 Proz. und ausgehend 80 Schiffe oder 71,4 Proz. Von den 235 Fahrten aller eins und ausgehenden Schiffe kamen auf deutsche Häfen 47, auf russische 1, auf finnische 19, auf schwedische 106, auf norwegische 14, auf dänische 20, auf englische 2, auf belgische 1, auf Danzig 2 und auf die Hochseeschiffe 1. Dem Tonnengehalt nach kamen auf inländische Häfen 12 844 Reg.-Tons, auf Rußland (einen Umlauf) 641, auf Finnland 697, auf Schweden 22 343, auf Norwegen 4547, auf Dänemark 2708, auf England 1202, auf Belgien 329, auf Danzig 195 und auf die Hochseeschiffe 1261. Die deutsche Flotte führten 176 Schiffe, die Russen 2, die Finnen 16, die Schweden 19, die norwegische 8, die dänische 14 und die englische 2. Die von den Schiffen eingeschlagenen Gütermengen beliefen sich auf 22 112 Tonnen, wobei 5 die von ihnen mitgebrachten 20 166 Tonnen ausmachten. Den Verkehrslanden nach verteilt sich die Ladung wie folgt:

	Einfuhr Tonnen	Ausfuhr Tonnen
Inland	2 423	710
Rußland	—	25
Finnland	743	4 131
Schweden	18 152	11 850
Norwegen	120	2 747
Dänemark	204	1 203
Belgien	888	—
Hochseefahrts	82	—

Kein Steuerzettel bei Unfall- und Brandidenrenten. Einige Postanstalten haben bei Ausschluß der Unfall- und Brandidenrenten einen vorbereiteten Steuerzettel gemacht. Auf Reichswellen hat der Postamt sicher den Steuerzettel entdeckt: Die Postamt und die Rentenagenten gelten nicht als Arbeitseinheiten im Sinne des § 9 des Einkommensteuergesetzes und unterliegen nicht dem Steuerzettel. Die Sicherheit dieser Renten steht unberührt - Unfall- und Brandidenrenten werden auf die vorliegende Gutschrift aufmerksam gemacht; bei etwaigen Mängeln lassen sie leicht Verhandlung erheben. Weiter abgesetzte Steuerzettel werden auf die erwarte Steuererlassung angezeiget; überreichen die Objekte den Steuerbeamten, so müssen die überliegenden Betriebe nach der Steuererlassung zurückstatten werden.

Die strengste Gebiete.

Samerin, S. ist Siedlung nicht mehr zu jenseit. Die Organisation Escherich-Schwartz hat wiederum seit 200 Pakete Lebensmittel an die teilnehmenden Gewerbetreibenden der Stadt

der „Sieglin“ Haushaltungsbedarfe oder der nach „heiligen“ Nothilfe die Verhand haben.

Da ich keine Luft in mir vertrüte, ich zwischen Tür und Engel auf dieses Gedicht zu folgen, so lasse ich bloß:

„Die Schule muss mit jeder Stunde und Minute haushalten, denn sie kann schon jetzt den ungeheuren Lehrstoff nicht bewalten.“

Was geht mich einer Lehrstoff an?“ meinte er im Tone jenes unerträglichen Humors, der an unsern jungen Briefen so merkwürdig leicht gerichtet wird. „Frage mir Schulmeister jemals: Klar, bist du mit deinem Stoff fertig? Im Gegenteil! Wont will nicht machen und akzeptieren kann es meinet gelesenen, den man die Sehle mit legend einem Käppel aus der Gelegie oder der sogenannten Unterrichtologie erlegt. Wer führt mit dafür, daß die Sehle und was ist alles davon falsch, nicht einen Lehrer als Unterrichtsstoff übergeben, gerade so bequem, wie etwa Geographie oder Turnen? Und das sind noch die Sollern unter erkl. Geistlichen Erziehung! Der Witz ist gut nicht so leicht; ich muß mich selbst durch loben.“

Was ist doch, was dem Lehrer nicht zum jugendlichen Spezialisieren, die dem Lehrerdiener widmen, logisch einen so bestimmten gewünscht, in Ausdruck gibt?

Das vermaulde Kind im Hühnerhof-Durchgang lächelt sich jetzt zu klein und häuslich zum überziehen zu haben. Ich habe den Hausmeister davor, eine ehrliche Haushaltssatzung, mit richtigem Bericht über das Verhalten des armen Kindes zu geben. Weilen in aller Freude Idon war der Wart bestrebt, um mir zu sagen, die kleine Sudliege sei „so schlecht“, ich sei ein „Sturm“ gar nicht zu denken wäre. Sie hätte ins Spital gehen müssen und akzeptieren kann es meinet gelesenen, den die Sehle zum zu Sehle pflegen. Auf meine Frage ob ein Idon Idon geboren werden, weiß mir die Hausmeisterin das nicht zu bestreiten, der Lehrer aber den Kopf geschnellt und stellt, ob dem Kind Idon nicht zu helfen; es leide an einem Krebs arzt er, und das kommt von der Verwaltung her. Auf meine zweite Frage ob die Sehle nach Frankreich und deren Nachbarn am Rande seines Käppel mit dem Hausmeister, es ist doch eigentlich aufschreckend was die Hausmeister mit dem „Sudliege“ treiben. Das ist nicht anders, als ob er die liebliche Hausmeisterin hätte.

„Gern und häufig kann sie keine Kinder aus einem Waisenhaus, bald sie ist platt, die das Gedächtnis leidet, was ein Kind ist, bald sie ist ein Sehle, und Sehle haben sie der Kranken gebracht . . . Spiele.“

„Was kann weg für Sehle haben?“

„Die Sehle?“ Wenn man wegen die „Südliche“ überzeugt ist, daß sie der Kleinkinder geschieht auf dem

Schwerin verfehlten lassen. — Für die Oberlehrer haben die Landesirren in Mecklenburg, wie wir kürzlich berichteten, nichts übrig. Noch aber für die Orgel. Sie müssen schon warten.

Hamburg. Zur Bedürfnung der Wohnungsnöte legte der hamburgische Senat der Bürgerschaft einen neuen Antrag vor, nach dem insgesamt 850 Millionen Mark vergeben werden. — Die Nachfrage erhöhung auf der Hoch- und Strozentdahn in Hamburg tritt bereits am Montag in Kraft.

Wien. Beschlagnahmtes Flugzeug. Durch zwei Geiseln wurde dem Kreisfiernd mitgeteilt, daß im Salzburger Flughafen ein Flugzeug verhaftet sei. Eine sofort unternommene Razzia fand bestätigte die Angaben. Darauf legte sich ein Gondola mit dem Landesrat in Wien in Verbindung, und mit Hilfe zweier Landräte und des Gemeindeschefen von Salzburg wurde das Flugzeug freigelassen. Auf zwei Geiseln wurde es nach Wien gebracht und auf dem Grundstück des Kanzleratsbüros unter Bewachung übergelegt. Auch zwei 98er Gewehre waren noch im Hermannschen Bataillon, die er freiwillig nach ausgeschickte. Die Soldaten und die Orgelbauer flümmern sich um die Sicherung der Geiseln, die Befreiung anzustreben.

Theater und Musik.

Schlesischer Wald Wagner's festumflossenes Werk "Lohengrin" füllte am Sonntag das Theater bis auf den letzten Platz. Von den Schauspielerinnen und -schauspielern wurde und die Kritiken bestanden hervorragend. Wenn ihm die Oper in einer so schönen Form präsentiert wird, wie das Sonntags der Stadttheater in Berlin, so ist es eine leidliche Entschuldigung, daß eine unbekannte Schauspielerin, deren Bekleidung schamlos ist, in einer Szene des Lohengrin des Schauspielers gegenübersitzt. Diese Kritik, wie immer sie war, kann nicht bestreiten werden, und wie zweifelt nicht, daß es mit der Zeit auch in jene Opern dringen, die heute noch glänzen, durch Künstlerinnen dem Publikum die Seele noch gewinnen müssen. Es waren Schauspielerinnen, die beweisen sind, daß Stimmen zu wirken und die Krieger des zivilisierten Südens weiß lebt gute Kräfte auf. Sie zeichneten ohne Zweifel die schönsten Gesetze. Aber die Stadttheater-Bellezza! Wie sie zum Schriftsteller der Nation gehörigen der, kann uns mit derartigen Tendenzen nicht mehr überreden.

kommt für ihn am Sonntag so schön Reklame gemacht, seine Kleidung angezeigt und die volkswirtschaftlich wichtige Verbindung des Kriegs vom Erhaben ins Lächerliche gezeigt werden. Um es kurz zu machen: Julius Strempel läßt einen durch eigene und andere Leute Arbeit lassen Handwerkmeister nach Politikrat die Sozialisierungsidee durchsetzen, das Töchterlein im Hause Treibertin, findet in einem Berliner großherzigem Gelehrten Hilfe und im Werkmeister den Gegner der Sozialisierung und Anhänger des Adels. Die Matadore, Gelehrte, Arbeiter und Leute handeln nach der Schablone des alten Guten Richters, dessen "Patriotismus" noch zu seinen Lebzeiten vorgetragen wurde. Gut so lange wird Patrioten nicht leben, denn der Töchterlein, der hier verhaftet wird, ist schrecklich gescheitert, der kleinen beiden Wassergehalts wegen nicht helfen kann. Doch daraus kommt es heute nicht an, sondern auf die Wirkung. Am Samstag legte der Werftführer Behrens mit der Kleinfamilie, nachdem die Arbeit das Werk heruntergewirtschaftet und betriebe im Weiterbeschäftigung gebeten hatten. Das das war nur Theater. Draußen wird dem Spieker, dem Städte und kleinen Städten ein vollstümlicher Frieden geschenkt werden, und wie zweifelt nicht, daß es mit der Zeit auch in jene Opern dringen, die heute noch glänzen, durch Künstlerinnen dem Publikum die Seele noch gewinnen müssen. Es waren Schauspielerinnen, die beweisen sind, daß Stimmen zu wirken und die Krieger des zivilisierten Südens weiß lebt gute Kräfte auf. Sie zeichneten ohne Zweifel die schönsten Gesetze. Aber die Stadttheater-Bellezza! Wie sie zum Schriftsteller der Nation gehörigen der, kann uns mit derartigen Tendenzen nicht mehr überreden.

Hilfe war sofort zur Stelle. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Aufräumarbeiten sind in vollen Gang.

Im Wirtschaftsrat der Stadtverwaltung Oberhausen wurden Unregelmäßigkeiten größerer Umfangs aufgedeckt. Es handelt sich um betrügerische Verschiebungen namentlich von waren im Werte von über fünfztausend Mark. Eine Reihe von Angestellten des Wirtschaftsamtes sind bereits verhaftet.

Große Benzinger-Explosion. In der Nähe von Kronstadt (Siebenbürgen) explodierte in einem Wagen dritter Klasse ein Personenzug ein Benzingerhälfte. 20 Personen wurden getötet, 40 Personen schwer und 20 Personen leicht verletzt.

Millionenkurs eines belgischen Diamantenhändlers. Berichtet, daß ein bekannter Diamantenhändler die Zahlung eingestellt hat und daß seine Banken mehrere Millionen vertragen sollen. Verschiedene Firmen wurden dadurch betroffen und büßen Summen von 350 000 Mark ein.

150 000 Mark an der holländischen Grenze beschlagen. Von der Grenzbehörde wurden in der Nähe von Anholt Schieber in einem Personenaufzug mit Waren und 150 000 Mark piergeld angehalten und der Inhalt des Kraftwagens beschlagnahmt. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um den Transport einer großen Geldsumme, die von Frankfurt am Main aus schon große Geldbeträge Holland verschoben hat.

Handel und Industrie. Devisen-Kurse.

Hamburg, 12. Februar.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	12. Februar	11. Februar
Holland	100 fl.	2007 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	1097 1/2
Stockholm	100 Kr.	1312 1/2
Kristiania	100 Kr.	1062 1/2
Helsingfors	100 finn. Mk.	205
Schweiz	100 Frs.	961 1/2
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	14 1/2
Budapest	100 K.	11 1/2
Prag	100 K.	77
Spanien	100 Pesetas	847 1/2
London	1 £	227 1/2
Paris	100 Frs.	438
Belgien	100 Frs.	449
Italien	100 Lire	453
Bukarest	100 Lei	223 1/2
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.	58 1/2	59 1/2
do. briell. Ausz. od. Scheck	—	—

Schiffsvorfehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffssame Kapitän Herkunftsport Fahrer

Lage

Angekommen am 12. Februar.

Drammende Harder Rendsburg

G. Peter Krühwinkel Kopenhagen 4

G. Anders Johannsen Marstrand.

G. Mia Bröhan Nykøbing 8

Angekommen am 14. Februar.

Pauline Haubus Stahl Stockholm 8 1/2

Karl Leon Broder Hamburg 2

Wilma Richi Hick 2

Das Finanzamt.

Lübeck, den 10. Februar 1921. (18678)

Bekanntmachung.

Volle oder durch Abzugung unbrauchbar gewordene Steuerkarten sind von den Arbeitnehmern schon jetzt der Finanzstelle in Lübeck, Fleischhauerstr. 20, in den Räumen von 8—12½ Uhr vormittags zwecks Berechnung auf demnächst endgültig festzulegende Einkommensteuer abzuliefern.

Lübeck, den 10. Februar 1921. (18678)

Opfer-Woche.

Oberöchsen in Lübeck.

Vom Sonnabend, dem 19. Februar bis Sonntag, den 27. Februar 1921.

folgende Wohltätigkeits-Veranstaltungen finden statt:

Samstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr im Kino: "Die drei Schwestern" von dem Filmregisseur A. L. Saenger. Konzert-Vorlese der Schauspielerin M. Gaußmann. "Gesangs-Vorlese" von Schauspielerin Ida Döppermann. Do. 8 Uhr: "Der Kriegs- und Friedens-Abend". Großes Militärkonzert, ausgerichtet von der ganzen Militärmusik der Reichswehr und Kriegsmusik der Kaiserlichen Marine. Der Kriegs- und Friedens-Abend ist nicht nur eine politische Demonstration, sondern auch eine kulturelle. Der Kriegs- und Friedens-Abend ist nicht nur eine politische Demonstration, sondern auch eine kulturelle.

Sonntag, den 20. Februar, von 10—12 Uhr im Kino: "Die drei Schwestern" von dem Filmregisseur A. L. Saenger. Konzert-Vorlese der Schauspielerin M. Gaußmann. Do. 8 Uhr: "Der Kriegs- und Friedens-Abend". Großes Militärkonzert, ausgerichtet von der ganzen Militärmusik der Reichswehr und Kriegsmusik der Kaiserlichen Marine. Der Kriegs- und Friedens-Abend ist nicht nur eine politische Demonstration, sondern auch eine kulturelle.

Montag, den 21. Februar, abends 8 Uhr im Kino: "Festmäßige" von Richard Wagner. Do. 8 Uhr: "Die drei Schwestern" von dem Filmregisseur A. L. Saenger. Konzert-Vorlese der Schauspielerin M. Gaußmann. Do. 8 Uhr: "Der Kriegs- und Friedens-Abend". Großes Militärkonzert, ausgerichtet von der ganzen Militärmusik der Reichswehr und Kriegsmusik der Kaiserlichen Marine. Der Kriegs- und Friedens-Abend ist nicht nur eine politische Demonstration, sondern auch eine kulturelle.

Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr im Kino: "Die drei Schwestern" von dem Filmregisseur A. L. Saenger. Konzert-Vorlese der Schauspielerin M. Gaußmann. Do. 8 Uhr: "Der Kriegs- und Friedens-Abend". Großes Militärkonzert, ausgerichtet von der ganzen Militärmusik der Reichswehr und Kriegsmusik der Kaiserlichen Marine. Der Kriegs- und Friedens-Abend ist nicht nur eine politische Demonstration, sondern auch eine kulturelle.

Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr im Kolosseum: Turnvorführungen ausgeführt von sämtlichen Lübecker Turnvereinen. Konzert der Schlagmänner. Eintrittspreis 3 Mk. Abends 9 Uhr: Niedermann: "Großer Elites-Gesellschafts-Tanzabend" unter Mitwirkung sämtlicher Künstler des großen Feuerwerk-Programms. Musik bis 2 Uhr. Eintrittspreis 4 Mk.

Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerbeschuhhaus: "Großer Walzer- und Operetten-Abend", ausgeführt vor dem Orchester des Vereins der Kaufleute. Dirigent: Kapellmeister Oskar Petras, Hamburg. Eintrittspreis 3 Mk.

Samstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, in der Walhalle in Schwartau: "Walzer- und Operetten-Abend" des Orchesters des Vereins der Kaufleute. Dirigent: Kapellmeister Oskar Petras, Hamburg. Eintrittspreis 4 Mk. Do. 7½ Uhr: "Opern-Theater": Aufführung der neuen Oper "Das Hollandweibchen" von Edmund Kalman. Komponist der Opern-Hörspiel. Eintrittspreis 20—4 Mk. Abends 8 Uhr: G. G. P. Dick: "Elischebeth" unter Mitwirkung des gefüllten Künstlerpersonals des Gewerbeschuhhauses und berühmter Gäste. Eintrittspreis 6 Mk. Abends 8 Uhr: "Großer Oberschlesier-Ball" im Ballhaus Friedenshof, Schwartau. Eintrittspreis 8 Mk.

Sonntag, mittwoch von 10—12½ Uhr auf dem Kriegsschiff: Konzert der Sinfonie des Reichsheer-Zug-Magazins Nr. 6 unter Leitung von Otto Wulff-Dietrich. Do. 10 Uhr: "Konzert der Sinfonie der Lübecker Schauspielkunst". Eintrittspreis 4 Mk. auf der Kriegsschiff 8 Mk.: "Großes Konzert und Vortrag" von Künstlern der Lübecker Bühnen.

Montag abends im Künstler-Kaufhaus: Konzerte bei Deutsches aber in der Ball-Schule Bühne. Die Konzertkasse wird während der Opern-Woche am 4. Uhr erhöht, weiterer Betrag an die Opernpreise abgeführt wird. Da Konzert, in dem auf Komposition einer Bühne eine Künstlergruppe befindet sich nicht mehr auf der Kriegsschiff wie letztes Jahr 1. Uhr gegen 10 Uhr, sondern

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaßte Pfeilseite oder deren Raum 180 Pfg., Verlammungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, gehöre früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Dienstag, den 15. Februar 1921.

28. Jahrgang.

National-Sozialdemokraten.

Durch die Pariser Beschlüsse herbeigeführt, brandet eine starke nationalistische Flutwelle über Deutschland, die unserm Volke gefährlich werden kann. Da scheint es angebracht, zwischen den Begriffen national und nationalistisch einen klaren Trennungsrück zu ziehen. Ich habe mich oft darüber gewundert, wie man Volksgenossen, die sich zum Sozialismus bekennen, kurz und blindig das Nationalempfinden absprechen kann. Nationalgefühl ist für mich das Solidaritätsgefühl des Volkes, dem man nach Blut, Sitten und Sprache angehört. Es ist so naturgegeben, wie etwa die Liebe zwischen Eltern und Kindern oder doch zwischen Geschwistern, und jeglicher Mangel dieses Empfindens ist eine Ausnahmeherrschaft, wie etwa der Rabenvater oder der Brudermörder, deren Ausnahmeharakter schließlich auch nur des Ergebnis gewisser Reizzündende darstellt. Auch die Liebe zur Heimat, wenn sie einigermaßen Lebensmöglichkeiten bot, ist doch selbstverständlich.

Und also das Nationalempfinden naturgegeben, so ist es kein Verdienst, kaum eine Tugend, und derjenige, der es als notwendig erachtet, es bei sich immer zu betonen, setzt sich dem berechtigten Verdachte aus, daß bei ihm etwas nicht ganz stimmt.

Beispiel: Die Landwirte nennen ihre politisch-wirtschaftliche Interessenvertretung hochtrabend: „Deutsch-nationale Volkspartei“. Wie groß in der Praxis ihr Solidaritätsgefühl gegenüber ihren darbenden Volksgenossen — seien es Arbeiter oder Professoren — ist, erleben wir alle Tage. Dehnlich verhält es sich mit dem Nationalismus im Sinne der Deutschen Volkspartei, für den tonangebend der national-liberale Wirtschaftsgedanke der Großindustrie und der Hochfinanz ist. Auch der reinere Liberalismus der Deutsch-Demokraten hält es für notwendig, sich zum mindesten das auszeichnende Prädikat „Deutsch“ beizulegen, denn der Individualismus, d. h. die Betonung des Rechts und Freiheit des einzelnen, welcher der Leitgedanke seiner Weltanschauung ist, steht der Stärke, d. h. dem Einstehen aller für einander, grundsätzlich entgegen.

Es ist zur Betätigung des oben ausgesprochenen Verdachtes, darauf zu achten, wie die Stärke der Betonung der Rationalen zunimmt in dem Maße, als ein verteidigtes eigenrächtiges Nebeninteresse mehr oder minder stark vorliegt. So hängt die deutsche Industrie viel mehr mit dem Wohl und Wehe des Volkes zusammen, das Verständnis ihrer Leiter für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung, des Hauptbestandteiles des Volkes, ist etwas besser, als das bei der „deutsch-nationalen“ Landwirtschaft der Fall ist, die immerhin beim vollen Zusammenbruch des Volkes noch in der Lage ist, zu bestehen.

Wie steht es denn beim Sozialismus? Der Sozialismus beruht auf dem Gesellschaftsprinzip, das heißt auf der Annahme, daß das Gedeihen des Volkes auf dem harmonischen Zusammenwirken aller Volksgenossen und Wirtschaftsinteressen zu einem Ganzen beruht. Nicht wie beim Liberalismus, der das Volk nur als eine brodelnde Masse von Einzelwesen mit widerstreitenden Sonderinteressen angesehen wissen will, oder bei der konservativen Weltanschauung, die dem Menschen und dem Volke am liebsten jede Entwicklung und jeden Fortschritt vorenthalten möchte. Das würde gleichbedeutend sein mit Verflümmerung.

Der Sozialismus bedeutet also Solidarität aller Volksgenossen, das Zurückstellen des Einzelinteresses hinter dem Wohl des ganzen Volkes. Kann es eine bessere Grundlage, überhaupt eine andere geben für wirklich echten Nationalismus, für Vaterlandsliebe oder wie man sonst dieses Empfinden nennen mag: Ist damit nicht selbstverständlich verbunden, daß man sein eigenes Volk schon um seiner selbst willen hochachtet und wünscht, daß es in der Reihe der Völker mit an erster Stelle stehe! Darum ist der wahre Sozialist national im besseren Sinne des Wortes. Der echte Sozialist will nicht über der Masse seiner Volksgenossen stehen. Er will mit seinem ganzen Volke gehorchen werden und brüderlich mit ihm alle Gaben teilen, die Natur und Kultur der Menschheit bieten. Er ist auch bestrebt, alle Not gemeinsam mit allen zu tragen, im gemeinsamen Kampfe sie zu überwinden oder mit zu unterliegen. Es wurde oben gezeigt, daß auch der Sozialist sein Volk mit erster Stelle in der Reihe der Völker zu stehen wählt. Das bedeutet nicht, daß er den anderen Völkern kriegen will. Die Erde ist glücklicherweise nach jeder Richtung hin rund. Anfang und Ende treffen sich immer wieder. Es gibt keine Spalten und vorläufig ist für alle noch Platz. Hier unterscheidet sich der abgelaufte Nationalismus, der aus der Selbstverständlichkeit keinen Vorzug macht, von uns aufchterhaltenden Klang und Drang gerichteten Nationalismus unserer Gegner. Ihr Patriotismus hängt außen, wird auf stehenden Worten auf der Zunge getragen. Wie in wahrheit im Volke aussieht, davon spricht es wenig, sie wollen eine glänzende Spitze (Monarchie), die über die Spitzen anderer Völker hervorragt, deren die eigene werte Person bestreitet. Sie reden Karriere von nationaler Jugend und Würde, wollen es aber nicht haben, wenn ein anderes Volk die gleichen Ecken für sich in Anspruch nimmt. Während des Kriegs

für den Sozialdemokraten ein unglückliches Geisch ist, das man mit allen Mitteln von sich abwehren oder, geht es nicht anders, schnellstens beenden muß, ist für den andern der Krieg die Möglichkeit, nationale Ehren und nebenbei möglichst viel Beute einzuholen. Hitler Ruhm gilt ihnen höher als das vergossene Blut, die zahllosen ungestillten Tränen von Kindern und Müttern. Und wehe, mächtigt die Spekulation! Dann beschimpft und beschuldigt man noch das eigene Volk, das unter der Anstrengung zusammenbrochen ist.

Ist diese Art Nationalismus etwa eine Tugend?

Aber, so wirft man der Sozialdemokratie vor: Ihr seid doch international! Richtig! Und wer wollte leugnen, daß die Erreichung großer Kulturziele mit der Pflege der völkischen Eigenart durchaus nicht im Widerspruch steht? Man müßte gerade sagen, daß diese Erkenntnis und ihre praktische Betätigung nur zum Nutzen des eigenen Volkes sein kann und daher als nationell zu bezeichnen ist. Religionen, Weltanschauungen, Kulturgesellschaften, Wissenschaft, Technik, Wirtschaftsformen sind international, d. h. sie sind vielen oder allen Völkern gemeinsam und werden gemeinsam gepflegt. Warum dürfen dann die Sozialisten zur Förderung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Ziele mit den Gesinnungsgenossen in anderen Ländern nicht in Führung treten?

Sozialdemokraten halten Eure Ideale fest, trotz aller Schmähungen Eurer Gegner! Ihr habt der Menschheit und des nationalen Vollstums besseren Teil erwählt. G. E.

An die Pazifisten der Welt!

Die Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft haben ein Schreiben an das Internationale Friedensbüro zu Bern gerichtet, worin es heißt: „Gerade weil wir lange vor der Kriegsentscheidung den nach unserer Überzeugung dauernd die Beziehungen der Völker vergiftenden Forderungen unserer Imperialisten und Militaristen entgegentreten sind, sind wir heute berechtigt, angefischt der Pariser Beschlüsse zur Entzündungsfrage unsere Stimme zu erheben und uns insbesondere in die Pazifisten der Länder zu wenden, mit denen sich Deutschland im Kriege befunden hat.“ Der Widerspruch gegen die Pariser Beschlüsse wird in den Hauptpunkten begründet und daran schließt sich die Aufforderung: „Wir als Pazifisten wünschen den Völkerfrieden und sehen in den Pariser Beschlüssen nur eine Nährquelle für den Völkerfrieden. Bleiben sie unverändert, so muß die Wirkung für Deutschland die sein, daß immer wachsende Stärken des Volkes sich aus Verzweiflung entweder dem Nationalismus oder dem Sozialismus in die Arme werfen oder einem alle Produktion lähmenden Fatalismus versetzen. Jede dieser drei Möglichkeiten ist für das übrige Europa nicht weniger schlimm als für Deutschland selbst.“

Das Schreiben läuft aus in einen Appell an die Pazifisten der übrigen Welt und in die Bitte an das Internationale Büro. Diese Kundgebung mit möglichster Beschleunigung zur Kenntnis der ihm angehörenden pazifistischen Organisationen zu bringen.

Die Krise zwischen München und Berlin

Es verläufig beigelegt. Halsamtlich wird aus Berlin der Anhalt der bayrischen Note angekündigt. Die Note gibt den Standpunkt der bayrischen Regierung in der Einwohnerzahl und Entwaffnungsfrage wieder, wonach die Einwohnerzahl für das bayrische Volk eine Lebensnotwendigkeit darstellt. Das Schreiben betont ferner, daß die bayrische Regierung den Beifall der Reichsregierung, ohne die Londoner Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung der Entwaffnung heranzutreten, für sehr verhängnisvoll erachtet. Wenn die Reichsregierung gleichwohl Maßnahmen zum Beifluge der Entwaffnung treffe, so müsse die bayrische Regierung die Verantwortung für diese Maßnahmen der Reichsregierung übertragen.

Von der Reichsregierung sind die entsprechenden Maßnahmen zur Durchführung der Entwaffnung der sogenannten Selbstschutzorganisationen bereits eingeleitet. Im

Reichsministerium des Innern werden die gesetzgebenden Maßnahmen vorbereitet, die die formellen Unterlagen schaffen sollen zur Aufstellung dieser Selbstschutzorganisationen.

Die bayrische Seele wird sich erst entfalten, wenn der Entwaffnungskommissar seine Arbeit in Bayern beginnt. Eine Zeitschrift an den „Vorwärts“ aus München weist ausdrücklich daran hin, daß sich die Schwierigkeiten bei der Entwaffnungsaktion ergeben werden, und gibt hierfür Gründe an, die der gesamten Arbeiterschaft Anlaß sein müssen, auf dem Posten zu sein, um den reaktionären Reichsgeründern in Bayern das Handwerk zu legen. In der Zuschrift heißt es unter anderm: „Schon machen sich Anzeichen eines gegen das Nachgeben der Regierung gerichteten Drucks der antisemitisch-nationalsozialistischen Partei der antifaschistischen Selbstschutzorganisationen bemerkbar. In München, der Sammelstelle alles politischen Unrates, nimmt es von intendierungen Abenteuer und arbeitslosen Offizieren, und Geld für den Zustandung dieser Gesellschaft ist im Überfluss da. Man würde nie davor steht, wenn längst erledigte Parteileute in Taten umzusetzen.“

Ist die Arbeiterschaft auf dem Posten, dann wird sich erweisen, daß auch dieser Plan nur leeres Hirngespinst bleiben muß. Durch den Druck der bayrischen Genossen fiel Herr Fahr um, durch den Druck des gesamten deutschen Proletariats muß die Entwaffnungsaktion in Bayern zum Segen des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Dem würdigen Verhalten der nordbayrischen Genossen gegen Fahr hat sich die pfälzische Sozialdemokratie angeschlossen. In Neustadt fand am Sonntag eine Vertreterkonferenz statt, in der Genosse Hoffmann-Kaiserslautern referierte. Es wurde eine Entschließung angenommen, die das Verhalten der Landtagsfraktion billigte und die zum Schluß folgendes Treu-bedenkniß zum Reich zum Ausdruck bringt:

„Mit Bayern für das Reich: Jawohl! Mit Bayern gegen das Reich: Niemals!“

Der Reichsentwaffnungskommissar Peters wird im Laufe der Woche in München eintreffen, um mit dem dortigen Landeskommis-sar für die Entwaffnung Besprechungen über die Durchführung der Entwaffnung abzuhalten.

Das Echo von Simons Rede.

Gegen die Rede des Reichsministers Dr. Simons fährt der „Tempo“ großes Geschütz auf. Er nennt sie vor allem eine zweite Weigerung. Nachdem Dr. Simons im Reichstag gesagt habe, das Abkommen von Paris könne die Grundlage für Verhandlungen nicht bilden, habe er aufs neue diese Weigerung bestätigt und erklärt, die deutsche Regierung gehe zur Konferenz nach London, weil sonst die Verbündeten sofort zu Zwangsmäßregeln geschritten wären. Die Stuttgarter Rede habe allen denen Recht gegeben, die gleich ihm die Notwendigkeit des sofortigen Handelns erkannt hätten. Was Dr. Simons von den Gegenverschlägen gesagt habe, nennt das Blatt sehr vage und legt den größten Wert darauf, daß Reichsminister Dr. Simons den Vertrag von Versailles verworfen habe. Wenn Ministerpräsident Briand den Vertrag für nicht lebensfähig erklärt habe, worauf sich Dr. Simons beziehe, dann habe er doch nur sagen wollen, daß der Vertrag es Frankreich bis jetzt nicht gestattet habe, zu deutschen Zahlungen zu gelangen. Im übrigen wird in der Pariser Presse darauf hingewiesen, daß das Kabinett Briand nur „ein Kabinett auf Probe“ sei und daß dieses Kabinett erledigt ist, sobald Briand in London irgendwelche Nachgiebigkeit zeigen sollte. Auch in England scheint man weiterhin auf die Pariser Beschlüsse zu warten. Eine Reuter-Eklärung läßt sich dementsprechend aus und läßt sich: „Maßgebende englische Kreise sind der Ansicht, daß das beste Mittel die Vorlage konkreter Verträge ist, die die Art und Weise betreffen, in der Deutschland den Forderungen der Alliierten entsprechen will. Dabei wird Zeit genommen, denn jeder Vertrag seitens der Deutschen, das Pariser Abkommen zu zerklären, wäre von vornherein ein Misserfolg.“ Daß die deutschen Gegenverschläge keine Ausführungsbestimmungen zu den Pariser Beschlüssen sein werden, sondern daß sie etwas gänzlich Neues für die Pariser Verträge bilden, sollte man in England aus den deutschen Pressestimmen und insbesondere auch aus der Reichstagsbildung, in der Reichsausßenminister Dr. Simons eine Erfahrung abholen, erinnern haben. Sollte es wirklich die Absicht der Entente-regierungen sein, fest auf den Pariser Forderungen zu beharren, so wäre es besser, das schon heute mitzuteilen, damit man auch in Deutschland endlich weiß, woran man ist.

Staatssekretär Bergmann wieder in Paris.

Staatssekretär Bergmann ist am Sonntag wieder in Paris eingetroffen. Man erklärt, daß er eine Note der deutschen Regierung an die französische Regierung in der Konferenzsitzung überbringt. Nach dem „Journal“ sollen zwei Lösungen vorgelegt werden. Die erste bildet eine Erweiterung des Programms Seydou's, die zweite das Projekt einer internationa- len Anleihe. Diese Anleihe soll Deutschland von den Vereinigten Staaten, einem neutralen Land und England und Frankreich gegeben werden. Ein Teil des Vertrages soll dazu verwendet werden. Frankreich legt gleich einen nahen Teil des Kriegsschulds zu bezahlen, während der Rest es der deutschen Industrie ermöglichen wird, Rohstoffe anzufließen. Ein Sicherung für Kapital und Zinsen würde Deutschland einen Teil seiner Bergwerke und Eisenbahnen, vielleicht auch seiner Zolleinnahmen verpfänden. Dagegen würden Konzessionen beanprucht werden, die sich auf die früheren Kolonien, den Bestand der Handelsflotte und das Recht der Abstimmung in Oberschlesien beziehen.

„Tempo“ erfährt, daß die französische Regierung den dringenden Wunsch hat, jede Verzögerung der Londoner Konferenz zu vermeiden, die am 21. Februar beginnen und zwangsweise die Orientierung behandelten soll. Die freuden Vertreter der Konferenz von London werden Ende der Woche in London erwarten. Alle Ausenthaltsosten werden von der Regierung getragen. Es sind schon Verzügungen getroffen worden zu ihrer Unterbringung in den großen Hotels.

Um das deutsche Flusschiffsmaterial.

Die Wiederherstellungssommission verabschiedet eine omische Erklärung über das deutsche Flusschiffsmaterial, wonin es heißt: Über die Bereiche, die durch Flusschiffstransport in natürliche und erhebliche Auswirkungen auf Deutschland den Alliierten einen Teil ihrer Flusschiffstrasse abzureißen, der 20 p.M. nicht überdeckt wird. Es ist festgestellt, daß die deutsche Flusschiffstrasse 6 Milli-

